

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

11. Sitzung

am Montag, dem 17. Juli, und am Dienstag, dem 18. Juli 2000,
im Hanse-Office in Brüssel

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Fuß (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

Tagesordnung:	Seite
1. Schiffbaubereich	4
a) Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Schiffbauindustrie auf dem Weltmarkt	
b) Zukünftige EU-Beihilfe-Regelungen im Schiffbau - unter Beteiligung von Vertretern des Vorstandes des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik (VSM) -	
2. Bankenbereich	5
a) Information über die Tätigkeit der Dependancen der Landesbank und der Investitionsbank - unter Beteiligung der Herren Dr. Klaus Rave und Lutz Koopmann von der Investitionsbank -	
b) Sachstandsbericht zum Thema „Öffentlich-rechtliche Banken und Sparkassen“	
3. EU-Bereich	6
a) EU-Finanzen	
b) EU-Erweiterung und mögliche Auswirkungen auf die Länder	

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung am Montag, dem 17. Juli 2000, um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Schiffbaubereich

- a) Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Schiffbauindustrie auf dem Weltmarkt
- b) Zukünftige EU-Beihilfe-Regelungen im Schiffbau
- unter Beteiligung von Vertretern des Vorstandes des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik (VSM) -

Im Beisein von Vertretern des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik diskutierte der Ausschuss mit Blanca Rodriguez Galindo, Mitglied im Kabinett des für Schiffbau zuständigen EU-Kommissars Mario Monti. Während Frau Rodriguez die Haltung der EU bestätigte, dass die auftragsbezogenen Beihilfen eingestellt werden müssten, vertraten die Mitglieder des Finanzausschusses eine andere Auffassung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bankenbereich

- a) Information über die Tätigkeit der Dependancen der Landesbank und der Investitionsbank
- unter Beteiligung der Herren Dr. Klaus Rave und Lutz Koopmann von der Investitionsbank -

- b) Sachstandsbericht zum Thema „Öffentlich-rechtliche Banken und Sparkassen“

In der Diskussion kam zum Ausdruck, dass die soziale Marktwirtschaft sowohl wirtschaftliche als auch soziale Stabilität zur Folge habe. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die Landesbanken nehmen mit ihrem öffentlichen Auftrag in besonderer Weise Aufgaben der Daseinsvorsorge wahr und sichern durch ihre dezentrale Gliederung den kreditwirtschaftlichen Wettbewerb in allen Teilen der Bundesrepublik. Somit ist die öffentliche Daseinsvorsorge auch ein wesentlicher Bestandteil sozialer Marktwirtschaft. Im Gegensatz dazu steht das private Bankgewerbe und dessen Konzentrationsbewegung, die eher als problematisch zu bewerten ist.

In einer seiner nächsten Sitzungen wird sich der Finanzausschuss über den weiteren Verlauf der Verhandlungen mit der Kommission Prodi berichten lassen. Eine Überlegung wird dabei sein, ob und wie der öffentlich-rechtliche Auftrag der Sparkassen in dem Landesgesetz präzisiert werden kann.

Bei einem Besuch des Brüsseler Büros der Investitionsbank informierte sich der Ausschuss über ein umfangreiches Angebot an EU-Beratungs-, Betreuungs- und Finanzierungsdienstleistungen und stellte dabei fest, dass dieses Büro eine Ergänzung zum Hanse-Office darstellt. Um das Ziel der Investitionsbank zu erreichen, Informationen zum Thema Europa und EU-Fördermöglichkeiten für individuelle Vorhaben von Wirtschaft und Kommunen zeitnah und fortlaufend nutzbar zu machen, stellte sich der Finanzausschuss auf den Standpunkt, dass eine personelle Verstärkung des Büros angebracht sei.

Punkt 3 der Tagesordnung:

EU-Bereich

- a) EU-Finzen
- b) EU-Erweiterung und mögliche Auswirkungen auf die Länder

Der Ausschuss vertrat einhellig die Meinung, dass es in der geplanten Osterweiterung der EU keine unnötige Verzögerung geben dürfe, und vertrat die Auffassung, dass mögliche Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein nicht erkennbar seien.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung am Dienstag, dem 18. Juli, um 13:00 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende